

Resolution des Gemeinderates Haßloch für den uneingeschränkten Erhalt der Polizeiinspektion für die Gemeinde Haßloch und die Verbandsgemeinde Deidesheim am Standort Haßloch.

Der Gemeinderat der Gemeinde Haßloch spricht sich mit Nachdruck für den Erhalt der Polizeiinspektion am Standort Haßloch aus.

Die von der Landesregierung eingesetzte Kommission zur Polizeireform in Rheinland-Pfalz erwägt, die Polizeiinspektion Haßloch auf eine Polizeiwache zurückzustufen. Dies wäre nach Auffassung des Gemeinderates eine falsche Entscheidung zulasten der Sicherheit der Bevölkerung in den beiden Kommunen Haßloch und Deidesheim.

Die Zuständigkeit der Polizei, wie sie zur Zeit für die Gemeinden besteht, hat sich seit der Jahre zurückliegenden Diskussion in jeder Hinsicht bewährt. Das objektive und – nicht weniger wichtig – das subjektive Sicherheitsbefinden der Bevölkerung ist in hohem Maße gegeben.

Nicht zuletzt die erfolgreiche Statistik, mit der die Polizeiinspektion aufwarten kann hat dazu geführt. Diese Erfolgsquote wird auch durch die unbefriedigenden Aufklärungsquoten, z.B. im Bereich der Diebstähle und Beschädigung von Fahrrädern, nicht wesentlich beeinträchtigt.

Die Lage der Inspektion und die Platzverhältnisse bieten gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Polizeiarbeit.

Sowohl Haßloch als auch die Verbandsgemeinde Deidesheim sind zentrale Schulstandorte, denen eine besondere Bedeutung zukommt, was die Verkehrssicherheit als auch den Schutz und die Prävention vor Amok-Verbrechen betrifft.

Auch die gegenüber anderen Regionen höhere Zahl von größeren Festen erfordern besondere Maßnahmen vor Ort. Die sichtbare Präsenz der Polizei und die präventive geduldige Arbeit vor Ort sowie die konsequente Ahndung von Verstößen gegen die Sicherheit auf den Festen und auf den Straßen zeigen positive Wirkung.

Dies alles wäre aufs Spiel gesetzt und in Frage gestellt, wenn die Polizeidienststelle in Haßloch nur noch auf die Stärke einer Wache reduziert oder ganz aufgelöst würde. Insbesondere in der Nacht, wenn kein Personal in der Wache ist, wären längere Wege und damit verzögerte Einsätze zu befürchten.

Die offensichtlichen personellen Verschlechterungen mit Auswirkungen auf die objektive Sicherheitslage würde das Befinden zur Sicherheit in unseren Kommunen ohne Not negativ verändern.

Schließlich wehren wir uns dagegen, dass auf diesem Wege weitere Aufgaben und Kosten auf die Gemeinden zukommen. Im Falle der Rückstufung der Inspektion wären in Zukunft verschiedene Aufgaben von den Kommunen zu erledigen.

Wir appellieren daher an die Landesregierung, ihre eventuellen Pläne über eine Herabstufung der Inspektion in eine Wache oder gar deren Auflösung nicht umzusetzen.

Die Polizeiinspektion und damit die Präsenz vor Ort, sind für die Sicherheit unserer Bevölkerung zwingend erforderlich

lfd. Nr.	Vor- und Zuname	Anschrift	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			

